

Kernfragen zur Ausrichtung künftiger EU-Strategien und Maßnahmen

Was ist von der Konsensus-Konferenz in Brüssel zu erwarten?

Im Zeitraum 9.-10.12.2010 wird in Brüssel im Auftrag der EU-Kommission eine Konsensus-Konferenz stattfinden, die aktuell von der FEANTSA vorbereitet wird. Für die BAWO nimmt Heinz Schoibl an diesen Vorarbeiten teil. Inzwischen sind diese Vorbereitungen bereits sehr weit gediehen. So besteht inzwischen Übereinstimmung über die Zusammensetzung der Jury und die in der Konferenz zu behandelnden Kernfragen. Ansatzweise steht damit auch bereits der Fahrplan. Die inhaltlichen Dimensionen der sechs Kernfragen sind inzwischen soweit diskutiert, dass auch bereits erste Vorschläge vorliegen, welche ExpertInnen im Rahmen dieser Konferenz zu den einzelnen Fragen jeweils eine schriftliche Eingabe vorbereiten sowie ein mündliches Referat halten und den Jury-Mitgliedern Rede und Antwort stehen sollen. Mit folgenden Inhalten und Kernfragen wird sich die Konferenz befassen:

1) DAS KONZEPT DER WOHNUNGSLOSIGKEIT (WHAT DOES HOMELESSNESS MEAN?)

Vorteile und Nachteile unterschiedlicher Ansätze zur Definition; Aspekte und/oder Konsequenzen der formellen Implementierung von Definitionsansätzen auf der Ebene der Länder und der EU; Was bedeutet Wohnungslosigkeit aus der Perspektive von wohnungslosen Menschen?

2) IST DIE BESEITIGUNG VON WOHNUNGSLOSIGKEIT EIN REALISTISCHES ZIEL? (ENDING HOMELESSNESS: A REALISTIC GOAL?)

Überblick über Initiativen und Stand der Umsetzung in den EU-Ländern; Vorstellung nationaler Initiativen (finnische Maßnahmenpakete und Ausstiegsstrategie aus Notschlafstellen und Übergangswohnangeboten); moderate nationale Strategien wie z.B. die Verkürzung des Aufenthalts in Übergangseinrichtungen durch kooperative Strategien der Begleitung, Vermittlung und Betreuung in Irland

3) SIND WOHNVERSORGUNGSORIENTIERTE POLITIKANSÄTZE EFFEKTIVE METHODEN ZUR PRÄVENTION UND BEWÄLTIGUNG VON WOHNUNGSLOSIGKEIT?

Vergleich der Politikansätze in den EU-Mitgliedsstaaten (housing first versus stufenförmige Integrationsmodelle); Prävention von Wohnungslosigkeit (als ExpertIn für Chancen und Grenzen einer Präventionsstrategie ist Renate Kitzman im Gespräch); soziale Wohnungspolitik als unverzichtbarer Beitrag zur Bewältigung von Wohnungslosigkeit

4) IN WELCHEM AUSMAß SOLLTE ES WOHNUNGSLOSEN PERSONEN OFFEN UND FREIGESTELLT SEIN, ANGEBOTE DER WLH ZU NUTZEN – UNGEACHTET IHRES AUFENTHALTSSTATUS

Insbesondere geht es dabei um die Versorgung von wohnungslosen MigrantInnen, die keinen legalen Aufenthaltstitel haben; u.a. ist dabei auch die Frage von EU-BürgerInnen interessant, die formell aus der Sozialhilfe ausgeschlossen sind und die deshalb auch keine reguläre Aufnahme in einer WLH-Einrichtung finden können – mit Ausnahme von Notschlafstellen mit niedrigen Betreuungsstandards (die also nicht über die Sozialhilfe abrechnen)

5) STRATEGIEN UND MODELLE SINNVOLLER („MEANINGFUL“) PARTIZIPATION WOHNUNGSLOSER MENSCHEN AN DER ENTWICKLUNG UND IMPLEMENTIERUNG VON POLITISCHEN STRATEGIEN ZUR BEKÄMPFUNG VON WOHNUNGSLOSIGKEIT

In einigen EU-Mitgliedsländern gibt es seit einigen Jahren beachtenswerte Initiativen zur Gewährleistung der Mitwirkung von RepräsentantInnen der wohnungslosen Menschen, bei der Entwicklung von nationalen, regionalen und/oder lokalen Strategien zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit mitzuwirken (vgl. dazu insbesondere Dänemark). In der Diskussion über Möglichkeiten und Modelle der Beteiligung von wohnungslosen Menschen werden jedoch überwiegend skeptische bis kritische Stimmen laut, die zum einen die Möglichkeiten für eine repräsentative Vertretung der KlientInnen der WLH skeptisch beurteilen. Zum anderen warnen KritikerInnen davor, dass Beteiligungsverfahren nicht nur sehr zeitaufwändig sind und womöglich dafür genützt werden, keine wirksamen Maßnahmen zu setzen. Als einer der ExpertInnen zu dieser Frage ist Christian Stark (FH Linz / Österreich) im Gespräch.

6) WELCHE ELEMENTE SOLL EINE EU-STRATEGIE BEZÜGLICH WOHNUNGSLOSIGKEIT BEINHALTEN?

Die Möglichkeiten für eine direkte Einwirkung der EU in nationale Politik zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit sind aufgrund der fehlenden Kompetenz in wohn- und sozialpolitischen Fragen sehr eingeschränkt. Im Rahmen der offenen Methode der Koordination (OMC) sowie von informellen Austauschforen und bench marking Prozessen hat die EU-Kommission jedoch auch bisher bereits Einfluss auf die nationalen Maßnahmen zu Prävention und Bewältigung von Wohnungslosigkeit genommen.